



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 180

Wilhelmshaven

Juni 2002

Geheimoperation Hafen

Die Verwaltung scheut die Öffentlichkeit - Seite 4 -



Südzentrale: Abriss droht!

Ist das einmalige Baudenkmal noch zu retten? - Seite 7 -



wilhelmshaven intern

Hamburg ist aus dem Tiefwasserhafen-Projekt ausgestiegen. Auf [Seite 3](#) veröffentlichen wir, weil es sonst keiner tut, die Erklärung des Hamburger Senats.

Seit es die ersten Planungen zum JadeWeserPort gibt, gibt es auch den Versuch, die Öffentlichkeit 'sparsam' zu informieren. Und dafür wird, wie wir auf [Seite 4](#) berichten, auch schon mal kräftig an demokratischen Prinzipien manipuliert.

Eigentlich ist die Bahnstrecke Wilhelmshaven - Oldenburg schon seit vielen Jahren elektrifiziert. Wenn wir den vollmundigen Erklärungen der Politiker geglaubt hätten. Auf [Seite 6](#) können Sie nachlesen, wer sich da besonders weit aus dem Fenster lehnte.

Die Südzentrale - ein Baudenkmal oder ein Schandfleck? Auf [Seite 7](#) berichten wir über den vielleicht letzten Versuch, das Gebäude zu retten.

Wer ist eigentlich für die öffentlichen Straßen zuständig? Die Stadt? Dann müsste sie ja auch dafür sorgen, dass diese befahrbar sind. Eine peinliche Geschichte, die wir da auf [Seite 8](#) recherchiert haben.

Ratssitzungen sind immer ein Erlebnis. Zu einem richtigen 'Event' werden sie allerdings erst durch unsere Ratssplitter auf den [Seiten 9 und 12](#).

Wem nützt die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe? Auf [Seite 10](#) gibt es dazu ausführliche Informationen.

Was passiert in der Sozialen Südstadt? Wenig Antworten dazu auf [Seite 11](#).

Thea kommt heute ganz "kultuhrell" und auf [Seite 12](#).

Nachrichten, Leserbrief und Veranstaltungstipps sind wieder durchs ganze Heft verstreut zu finden.

meldungen

■ ■ ■ **Die Resonanz auf die Sonderaktion** im letzten Winter, an Bedürftige alles zum halben Preis anzubieten, war so gut, dass der Verein "Wilhelmshavener helfen e.V." sich entschlossen hat, diese zu wiederholen.

Vom 1. Juni bis 7. Juli werden fast alle Güter des täglichen Bedarfs zum halben Preis angeboten. Hierzu gehören z.B. Kleidung, Schuhe, Hausrat, Bettwäsche, E-Geräte, Lampen, Gardinen, Möbel, Bücher, Kinderspielzeug u.v.m. Die Kunden werden gebeten, einen Nachweis der Hilfsbedürftigkeit (z.B. Arbeitslosigkeitsbescheinigung, Studentenausweis o.ä.) vorzulegen. Diese Aktion findet sowohl im Fair-Markt in der Rheinstr. 98 wie im Möbellager Textilhof Ulmenstraße statt.

Gleichzeitig gibt der Verein bekannt, dass der Fair-Markt in der Zeit vom 8. bis 20. Juli wegen Betriebsurlaub geschlossen bleibt.

■ ■ ■ **LAST MINUTE: 15 Tage Spanien**, 26.06. - 10.07.2002, Alter: 16 - 21 Jahre, 4-Sterne Campingplatz direkt an der Costa Brava, Freizeit-/Sportangebot und Vollverpflegung inklusive, qual. Jugendreiseleitung, ab 390 € DGB-Jugend OL/WHV 0441/2187614

Verheißt der Familie Ramadan zur Rückkehr nach Wilhelmshaven!

Im Januar 2001 wurde außer der Mutter mit einem erwachsenem Sohn die Familie Ramadan nach Syrien abgeschoben (Siehe hierzu Gegenwind 166 vom März 2001). Der Einsatz vieler Menschen hat jetzt die Möglichkeit der Rückkehr geschaffen. Vor der Wiedereinreise muss die Familie, zusätzlich zu den Rückreisekosten, die Kosten ihrer Abschiebung von 6.278,25 Euro an die Stadt Wilhelmshaven zahlen.

Für die Familie ist es utopisch, diese Summe aufzubringen.

Helft mit!

Überweist an

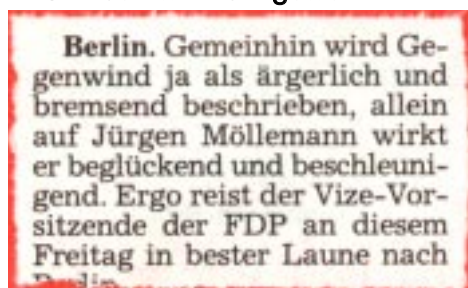
Frau Brigitte Tabbach

Kto.-Nr.: 9003080000

BLZ: 28220026 (Oldenburgische Landesbank)

Stichwort: Familie Khan/Ramadan

Das haben wir nicht gewollt!



aus: Wilhelmshavener Zeitung, 25.Mai 2002

■ ■ ■ **Aida Kleinschmidt heißt die neue Geschäftsführerin** der Wilhelmshavener Projekt Gesellschaft WPG. Wir hoffen, dass sie ihre nicht leichte Aufgabe gegen alle Eitel- und Begehrlichkeiten innerhalb und außerhalb der WPG lösen und endlich die Skandaljahre 1999 bis 2001 aufarbeiten kann. Der Gegenwind wünscht Frau Kleinschmidt viel Glück, eiserne Nerven und das nötige Durchsetzungs- und Stehvermögen, damit es ihr am Ende nicht so geht wie ihrer berühmten Namensvetterin aus Verdis großer Oper. (hk)

leserbrief

Kinderfreundliche Stadt Wilhelmshaven

Nun hat es die SPD-Mehrheitgruppe in der Ratssitzung wieder einmal geschafft, ihre Kinderfreundlichkeit zu beweisen. Nach langer Diskussion, in der die SPD nicht einmal in der Lage war, ein einziges Argument für die Schließung der GS Coldewei zu liefern, wurde diese mit Mehrheitsbeschluss zum Ablauf des Schuljahres geschlossen. Dies war auch nicht gerade verwunderlich, stand doch in den anderen Tagesordnungspunkten der Verkaufserlös der Schule für eine außerplanmäßige Nachbewilligung zur Verfügung. Zu diesem "kinderfreundlichen" Verhalten passt auch der Schildbürgerstreich im Kaje-deich (Rüstersiel).

Wie in jedem Neubaugebiet wurde auch hier ein Kinderspielplatz geplant. Lange haben die Anwohner darauf gewartet. Jetzt wird er tatsächlich gebaut.

Bei der Ortsbegehung stellten die Planer jedoch fest, dass zu dem vorgesehenen Gelände, einem Abfallgrundstück, lediglich eine etwa 2m breite Brücke führt. Nicht geeignet, um die Baumaschinen auf das Gelände zu bringen. Kurzerhand wurde eine neue Zufahrt geplant. Dass diese von einem dunklen Weg aus (Zuwegung zur Holländerei) auf den Spielplatz führt, kann ganz sicher nicht im Interesse der Kinder und Eltern liegen, da dieser Weg ideal ist für dunkle Gestalten, die auch in unserer Stadt auf Gelegenheiten warten.

Diese Zuwegung, zurückzuführen auf die Fehlplanung im Bebauungsplan, führt jetzt dazu, dass etwa 80 % der Gelder - ursprünglich für Spielgeräte gedacht - in den Wegebau investiert werden. Die Kinder bleiben auf der Strecke. Schilda gleich Wilhelmshaven? Die Mindestforderung, welche jetzt an die Verantwortlichen zu stellen ist, dürfte die Aufstockung der Gelder für Spielgeräte um den Betrag des zusätzlichen Wegebbaus und die feste Verschließung der Zufahrt sein.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Tjaden, Ratsherr, Vorstand WALLI

■ ■ ■ Zurückgetreten sind Inge

Gorath und Hermann Werle von ihren Ämtern als 2. Vorsitzende und als Schriftführer des Vereins zur Förderung der Internationalen Jugendarbeit e.V., der den Jugendtreff Point betreibt. Sie hatten Ende März noch einmal versucht, die Adressen der Mitglieder zu bekommen, um eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Wie schon zuvor, wurde auch dieser Vorstoß vom 1. Vorsitzenden Albert Friedel zurückgewiesen mit der Behauptung, der Datenschutz verbiete selbst Vorstandsmitgliedern den Einblick in personenbezogenes Material. Eine Mitgliederversammlung hat auch nach der Ankündigung Friedels im "Wilhelmshaven & Friesland aktuell", es werde "bald" eine durchgeführt, immer noch nicht stattgefunden.

Mittlerweile hat sich der Datenschutzbeauftragte des Landes Niedersachsen eingeschaltet - nicht wegen Mitgliederlisten, sondern wegen der Videoanlage, mittels derer der städtische Jugendschutzbeauftragte Friedel in seinem Büro sitzend die Mitarbeiter und BesucherInnen des Point beobachten kann. - Datenschutz und Datenschutz sind offenbar zweierlei. (noa)

■ ■ ■ "Geschoben und gemogelt"

wurde, wie uns aus gut unterrichteten Kreisen zugetragen wurde, bei der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Wilhelmshaven des Deutschen Roten Kreuzes am 22. Mai. Unter Ausschluss der Presse gab der Vorstand lückenhafte Berichte und verweigerte die Beantwortung von Fragen. So war keine Auskunft zu bekommen von den Hintergründen des hohen Krankenstandes bei den hauptamtlichen Beschäftigten des Kreisverbandes. Mit dem Hinweis auf die vertrauliche Behandlung personenbezogener Daten wurde eine Frage nach den Mobbingvorgängen abgeblüht. Auch über die anhängigen Arbeitsgerichtsverfahren wurde nicht berichtet. Und: Die Fragen nach dem Hintergrund eines Insolvenzverfahrens, das beim Amtsgericht per Aushang angekündigt wird, blieben ebenfalls unbeantwortet. - Man fragt sich, wie es die jeweiligen Vorstände des DRK Wilhelmshaven immer wieder hinkriegen, auf den Mitgliederversammlungen doch die Entlastung ausgesprochen zu bekommen. (noa)

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und
Herward Meier
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
Hannes Klöpfer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak,
Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwocch;
Druck: Beta-Druck Auflage: 5.000 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint jeweils zum
Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 29.05.2002

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Trotz und Erleichterung

Hamburg verabschiedete sich vom länderübergreifenden Hafenprojekt

(hk) Gewusst hatten es ja alle, und so fand der Abschied Hamburgs aus dem Jade-WeserPort-Projekt auch nur noch ein mildes Echo in der örtlichen und regionalen Presse. „...und tschüß“ titelte WZ-Chef Westerhoff seinen Kommentar. Die niedersächsische Landesregierung warf dem Hamburger Senat vor, mit zum Teil falschen Zahlen gearbeitet zu haben. Einzig die niedersächsischen Grünen forderten den Ausstieg aus dem Tiefwasserprojekt.

Da in der örtlichen Presse die Stellungnahme des Hamburger Senats nur bruchstückhaft veröffentlicht wird, bieten wir unseren LeserInnen den Text im gesamten Wortlaut:

Hamburg wird sich nicht weiter an dem von Niedersachsen und Bremen geplanten "Tiefwasserhafen" beteiligen. Auch die Hamburger Hafen und Lagerhaus AG (HHLA) wird sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht in einer Betreiber-Gesellschaft des "Tiefwasserhafens" engagieren.

Senator Gunnar Uldall: "Um den Erfolg des Hamburger Hafens als zweitgrößter Containerhafen Europas langfristig zu sichern, werden wir unsere Mittel darauf konzentrieren, die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens weiter auszubauen; das heißt auch, unsere Kapazitätsreserven voll auszuschöpfen. Hamburg verfügt über die Möglichkeit, seine Kapazität im bestehenden Hafengebiet etwa auf das Dreifache des heutigen Containerumschlags auszubauen. Darüber hinaus steht das Gebiet Moorburg als Hafenerweiterungsgebiet zur Verfügung. Kapazitätsengpässe sind in Hamburg bei Durchführung entsprechender Investitionen für die nächsten 20 Jahre nicht ersichtlich. Oberste Priorität hat deshalb für uns die weitere Fahrrinnenanpassung der Elbe für die Anforderungen der modernen Containerschifffahrt. Es besteht kein Anlass, dass die Freie und Hansestadt Hamburg und die HHLA Finanzierungsanteile von insgesamt rd. 280 Mio. Euro zum Ausbau eines Konkurrenzhafens aufbringen."

Das im Januar dieses Jahres von der JadeWeserPort-Entwicklungsgesellschaft vorgelegte "Projekt-Design" für den "Tiefwasserhafen" weicht in zentralen Punkten von der Gemeinsamen Erklärung der Länder Niedersachsen, Bremen und Hamburg vom 30.03.2001 ab.

Die Schiffsgrößenentwicklung deutet nicht auf Schiffe mit Tiefgängen hin, die Hamburg nach der beantragten Elbvertiefung nicht mehr mit einer ökonomisch sinnvollen Auslastung anlaufen können. Die renommierte Consulting-Firma Drewry hat in einer umfangreichen Studie über die Containerschiffs-Größenentwicklung prognostiziert, dass es bis zum Jahre 2010 24 Schiffeinheiten mit einer Tragfähigkeit von 12.000 TEU und einem Tiefgang von 14,5 m geben wird. Solche Schiffe werden den Hamburger Hafen nach einer Elbvertiefung anlaufen können. Sollten vereinzelt Schiffe auftreten, die einen höheren Tiefgang aufweisen, wären sie ohne wirtschaftliche Relevanz und könnten keinen Hafen für sich alleine tragen.

Das vorgelegte Konzept für den "Tiefwasserhafen" geht deshalb von einem Hafen in Konkurrenz zu den bestehenden Häfen Hamburg und Bremerhaven aus. Das der Wirtschaftlichkeitsberechnung unterlegte Mengengerüst ist nur vorstellbar, wenn entsprechende Mengen aus dem dann vorhandenen Volumen in erster Linie vom Hamburger Hafen abgezogen werden. Ein nennenswertes Abziehen von Ladung aus dem rd. 250 Seemeilen entfernten Rotterdam ist angesichts der günstigen Lage dieses Hafens zum Ruhrgebiet und der Transportmöglichkeiten über den Rhein als höchst unwahrscheinlich zu erachten. Die wesentliche Voraussetzung der Gemeinsamen Erklärung vom 30.03.2001, nämlich die Konzeption des "Tiefwasserhafens" als Ergänzungshafen, wird damit nicht erfüllt.

Außerdem sollen nach der Gemeinsamen Erklärung "mindestens 50 %" der Infrastruktur privat finanziert werden. Im vorliegenden Konzept von Roland Berger sind lediglich 50 % des Kaimauerbaues für eine private Finanzierung vorgesehen, während die zur terminalbezogenen Infrastruktur zählende Flächenentwicklung ausgeklammert wird.

Auch die HHLA wird einer Betreiber-Gesellschaft für einen "Tiefwasserhafen" in Wilhelmshaven unter den gegebenen Umständen nicht beitreten. Der bei einer Beteiligung auf die HHLA entfallende Finanzierungsanteil kann wirtschaftlich effizienter im Hamburger Hafen investiert werden.

Senator Gunnar Uldall: "Die Entscheidung Hamburgs bedeutet nicht das Ende der norddeutschen Kooperation. Es gibt weiterhin viele gemeinsame Inter-

Presserklärung Bündnis 90 / Die Grünen: Wirtschaftliche und ökologische Risiken sind zu groß

Nicht erst seit der gestrigen Absage des Hamburger Senats an das norddeutsche Projekt eines gemeinsamen Tiefwasserhafens der Länder Niedersachsen, Bremen und Hamburg spricht sich die grüne Landesvorsitzende Heidi Tischmann gegen den Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven aus.

Abgesehen von der desaströsen finanziellen Lage des Landes sollte sich Niedersachsen auch aus ökologischen Gründen von diesem Projekt verabschieden. "Der Bau des Hafens selbst und die notwendige Erschließung von Straßen- und Eisenbahnverbindungen wird wertvolle Landschaftsräume zerstören", befürchtet Tischmann.

Ihrer Ansicht nach hat das Land Niedersachsen in den vergangenen Jahren zu häufig Finanzmittel in überbewertete und teilweise unsinnige Großprojekte investiert. Beispiele dafür seien die Expo 2000 und die Hirn Klinik in Hannover sowie das Emssperwerk in Leer. Der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven könnte ein weiteres mehr werden.

Stattdessen spricht sich die grüne Landesvorsitzende für eine europäische Lösung der Abfertigung von großen Containerschiffen aus. "Für ein solches Projekt drängt sich die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn geradezu auf", so Heidi Tischmann.

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,65 %** bei
100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver
Jahreszins: **5,80 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger JanBen Tel.: 04421 / 81144

VPV

VERSICHERUNGSGRUPPE

UNTERWEGS
REISEAUSRÜSTUNGS GMBH
OUTDOOR - KANU & MOTORRADBEDARF

Wird Zeit, daß es Urlaub wird!
Nur echt in der **NORDSEE PASSAGE**
WILHELMSHAVEN
Tel: 04421-994287 Fax 994288

essen, die wir zusammen voranbringen werden, z.B. die A26, die Elbquerung, die Y-Trasse, die Airbusproduktion oder der Ausbau des Nahverkehrs in der Metropolregion Hamburg. Auch die Fahrrinnenanpassung der Elbe ist nicht nur für Hamburg von Bedeutung. Viele Beschäftigte, deren Arbeitsplatz vom Hamburger Hafen abhängig ist, wohnen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Wir sind deshalb schon immer davon ausgegangen, dass Jade Weser Port und Elbvertiefung zwei voneinander völlig unabhängige Projekte sind. Eine Bewertung, die Niedersachsens Ministerpräsident Gabriel in seinem Gespräch mit Bürgermeister Ole von Beust ausdrücklich geteilt hat." □

Die Sumpfdotterblumen sprießen wieder

Geheim und hinter verschlossenen Türen wird der JadeWeser-Port verhandelt

(hk) Wieder im eickmeierschen Tritt bewegt sich die Wilhelmshavener Stadtverwaltung. Das Vorgehen der Stadt Wilhelmshaven bei den Industrieansiedlungen der 70-er Jahre führte zu bundesweiter Kritik (Beiträge in "Monitor", Buchveröffentlichungen wie "Dreckiger Sumpf", große Artikel in Illustrierten und in den großen Tages- und Wochenzeitungen) und letztendlich zur Ablösung des damaligen Oberstadtdirektors Dr. Eickmeier. Jetzt beim JadeWeserPort sollte alles anders laufen. Vollmundige Versprechungen, zum Beispiel auf dem Scoping-Termin, ließen hoffen.

Die Öffentlichkeit sollte von Anfang an in den Diskussionsprozess einbezogen werden, damit sie das Projekt auch als ihr Projekt verstehe. Nachdem die Wilhelmshavener Hafengewirtschaftliche Vereinigung (WHV) mit ihrem in kritischen Situationen leicht unbeherrschten Präsidenten John H. Niemann die Federführung des Projektes an die JadeWeserPort-Entwicklungsgesellschaft abgab, gab es selbst bei uns ein Fünkchen Hoffnung.

Träume enden, bevor man wach wird

Doch diese Hoffnung zerplatzte wie eine Seifenblase, als der Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort das Protokoll der Bauausschusssitzung vom 12. März zugespielt wurde. Gewissenhaft protokolliert ist darin folgendes zu lesen: *"Herr Kottek erläuterte, dass Herr Prof. Jung im Auftrage der Wirtschaftsförderung Stellungnahmen der beteiligten Kommunen sammelt. Da diese Stellungnahmen normalerweise in öffentlichen Verfahren behandelt werden und in den Abwägungsprozess hineingehen, man aber befürchtete, den Gegnern des JadeWeserPorts Argumente zu liefern, hat der Verwaltungsvorstand beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt in den nichtöffentlichen Teil zu verlegen und auch keine Vorlage zu verteilen."*

Die BI dazu in einer Presseerklärung:

Mit dieser Begründung zeigen Verwaltung und Bauausschuss der Stadt Wilhelmshaven, dass ihnen jedes Mittel recht ist, um die kritische Öffentlichkeit aus den Verfahren um den Bau des JadeWeserPort auszuschließen. Ist es fehlendes Fingerspitzengefühl oder die Arroganz der Macht, wenn derart deutlich wird, dass die Bevölkerung der Stadt Wilhelmshaven nur eine lästige Störung einer selbstherrlichen Verwaltung darstellt?

Die Verantwortlichen mussten damit rechnen, dass die Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort" in den Besitz dieses Protokolls gelangt. Seit der Gründung der BI haben wir unter anderem die Machbarkeitsstudien des JadeWeserPort und des Weser-Jade-Kanales sowie das von den Norddeutschen Länderchefs geheim gehaltene Berger-PLANCO-Gutachten in die Öffentlichkeit gebracht. Das Protokoll dieser Sitzung, sowie alle Gutachten und Studien sind auf der Internetseite unter "www.antiport.de" nachzulesen.

Der JadeWeserPort wird mit erheblichen Steuermitteln geplant und gebaut. Der Steuerzahler hat ein elementares Grundrecht, über die Auswirkungen des Containerhafens und den Verbleib der Steuergelder informiert zu werden.

Wir zeigen dem Wilhelmshavener Bauausschuss und der Stadtverwaltung die demokratische "Rote Karte". Gleichzeitig fordern wir Herrn Oberbürgermeister Eberhard Menzel auf, seine Wahlkampfversprechen einzulösen und diesem selbstherrlichen Verhalten deutlich Einhalt zu gebieten.

Einzig der FDP-Ratsherr Dr. Michael von Teichman "warnte davor, diesen Weg zu beschreiten und dieses Thema nicht öffentlich zu behandeln."

Voller Brisanz ist auch die **Stellungnahme der Stadt Wilhelmshaven** zum "Moderationsverfahren zur Abstimmung der Regionalen Raumordnungsprogramme der Landkreise Friesland, Wesermarsch und Wittmund sowie des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven im Vorfeld der Planungen für den Jade-Weser-Port", die in vielen Bereichen durchaus aus der Feder eines BI-Aktivisten stammen könnte. Da gibt es dann wieder das bereits oben erwähnte Fünkchen Hoffnung. Auch wenn die zum Teil in typischem Behördendeutsch abgefasste Stellungnahme etwas "breiig" zu lesen ist, lohnt sich die Lektüre.

Durch den Bau und den Betrieb des Jade-Weser-Ports und der zugehörigen infrastrukturellen Anbindung an das Schienen- und Straßennetz wird es zu Störungen und Beeinträchtigungen vielfältigster Art kommen.

Die gewerblich-industriellen Bauflächen des Voslapper- und Rüstersieler Grodens, als auch die Bauflächen im Bereich des Sengwarder Landes sind im Landesraumordnungsprogramm des Landes Niedersachsen als Vorranggebiet für die Anlage von hafenorientierten industriellen Anlagen am seeschifftiefen Fahrwasser festgelegt und im Flächennutzungsplan der Stadt Wilhelmshaven als industrielle Bauflächen dargestellt. Diese i. R. stehenden potentiellen Bauflächen sind mit flächenbezogenen Schalleistungspegel des schalltechnischen

Beratungsbüros Müller BBM (München) belegt und kontingentiert.

Der Jade-Weser-Port als neue heranrückende gewerblich-industrielle Sondernutzung hat diese Schalleistungspegel zu berücksichtigen und sich schalltechnisch anzupassen. Bereits in der konkretisierenden Planungsphase befindliche gewerblich-industrielle Projekte, wie z. B. die Sondernutzung des Voslapper Grodens zum Jade-Weser-Port, die Planungen für einen Chemiepark im Sengwarder Land, als auch die Projektierungen im Rüstersieler Groden sind grundsätzlich zu berücksichtigen.

Herausragende Bedeutung für die wirtschaftliche Situation der Stadt Wilhelmshaven haben die vorhandenen Industriebetriebe auf dem Voslapper- und dem Rüstersieler Groden. Diese sind bei Realisierung des Jade-Weser-Ports aus schalltechnischer Sicht in ihrem Bestand zu berücksichtigen und zu sichern. Erkennbare und/oder beabsichtigte Entwicklungen von industriell-gewerblichen Erweiterungen sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Handlungsfeld Tourismus

Westlich des Voslapper Grodens befindet sich der Stadtteil Voslapp, weiter südlich belegen der Stadtteil Rüstersieler. Obwohl nicht unmittelbar dem Tourismusbereich zuzuordnen, sind gleichwohl auch Übernachtungen von Touristen in diesen Stadtteilen vorhanden. Die zu erwartenden Beeinträchtigungen beziehen sich gleichermaßen auf die Anwohner wie auch auf ein Tourismuspotential in den v. g. Stadtteilen.

Durch den Bau und den späteren Betrieb des Jade-Weser-Port werden nachfolgende Störungen bzw. Konflikte erwartet:

◆ **Lärmmissionen durch den Hafen und den Hafenbetrieb, sowohl beim Bau (Rammen der Spundwände) als auch zukünftig beim Betrieb des Hafens**

◆ **Lärmmissionen durch eine Zunahme von Verkehren sowohl auf vorhandenen als auch durch neu zu realisierende Infrastrukturen für die gleisbautechnische und die straßenbautechnische Erschließung**

◆ **Luftverunreinigungen durch den Schiffs-, Schienen- und den LKW-Verkehr**

◆ **Veränderungen der geomorphologischen Bedingungen, d. h. verstärkte Verschlackung bzw. Versandung des auch touristisch interessanten Rüstersieler Hafens**

◆ **Erhöhte Gefahr von Havarien durch den zusätzlichen Schiffsverkehr**

◆ **optische Beeinträchtigungen durch die hohen Krananlagen und die hoch gestapelten Container**

◆ **optische Beeinträchtigungen durch einen ganztägigen Betrieb in den Nachtstunden durch die helle Beleuchtung des Hafengebietes und insbesondere der Krananlagen und der Kaje (Visualisierung erforderlich).**

Der touristisch sowohl bei Einheimischen wie auch bei Auswärtigen sehr beliebte Geniusstrand ist im Zuge der Projektierungen zum Jade-Weser-Port gänzlich verlustig. Im Vorfeld der Planungen bedarf es einer Klärung, ob und wie ein Ersatz bzw. eine annähernd gleichwertige Nutzung realisiert werden kann.

Im Bereich der Geniusbank befindet sich ein Campingplatz mit ca. 700 Stellplätzen für saisonale als auch überwiegend für ganzjährige Nutzungen. Der Campingplatz



ist planungsrechtlich durch einen rechtskräftigen Bebauungsplan abgesichert.

Durch die Projektierung zum Jade-Weser-Port entfällt einerseits die Bademöglichkeit am Geniusstrand, andererseits wird der Bereich des Campingplatzes planungsrechtlich überplant und den beabsichtigten gewerblich- bzw. industriellen Nutzungen angepasst. Demzufolge ergibt sich ein Handlungsbedarf bei der Suche nach geeigneten Flächen für die Neuausweisung für einen Campingplatz für eine ganzjährige Unterbringung.

Die saisonalen Camper können dem Tourismusbereich der angrenzenden Nachbargemeinde Wangerland angegliedert werden.

Gleichwohl bietet der Jade-Weser-Port für Wilhelmshaven im Bereich des Städte-tourismus als auch für die touristische Freizeitregion der angrenzenden Gemeinden einen nicht unerheblichen touristischen Anziehungspunkt. Daher ist frühzeitig bei den Planungen zum Jade-Weser-Port auch eine touristische Erlebbarkeit zu gewährleisten.

Des weiteren bietet der Jade-Weser-Port auch Möglichkeiten, das gewerblich bedingte Besucherpotential mit touristischen Elementen des Städtetourismus zu verbinden (z. B. Stadtmarketing der Wilhelmshavener und der in der Region vorzufindenden Attraktionen).

Handlungsfeld Verkehr

Durch den Bau und den Betrieb des Jade-Weser-Ports und hafenauffiner Gewerbeansiedlungen im Umfeld sind bestehende Verkehrswege auf ihre Belastbarkeit hin zu überprüfen und im Bedarfsfall entsprechend zu ertüchtigen bzw. anzupassen. Im konkreten kann es zu sinnvollen Teil-/Neubauprojekten für die Verkehrsinfrastruktur der Schienenwege und der verschiedenen klassifizierten Straßenwege kommen.

Im einzelnen sind nachfolgend aufgeführte Verkehrsinfrastrukturen zu überprüfen:

◆ Gleisbautechnische Erschließung

Die Bahnstrecke zwischen Wilhelmshaven und Oldenburg muss grundlegend ertüchtigt werden. Vorrangig ist dabei die Elektrifizierung und der durchgängige zweispurige Ausbau der Strecke und damit auch die Beseitigung der Langsamfahrstrecke zu gewährleisten.

Das vorhandene Industriestammgleis muss in das Hafengebiet des Jade-Weser-Ports hineingeführt werden. Bei der Auswahl von Trassenvarianten ist darauf hinzuwirken, dass der Stadtteil Voslapp in anstehenden schalltechnischen Untersuchungen in besonderem Maße berücksichtigt wird und auf eine schalltechnische Verbesserung des derzeitigen Status Quo hingearbeitet wird. Die Stadt Wilhelmshaven favorisiert hier die Aufgabe des bestehenden Gleises westlich der Deponie und eine Verlegung und den Neubau östlich der Deponie im Voslapper Groden.

Hierbei ist bereits in der ersten Plankonzeption zu berücksichtigen, dass im Rahmen einer Vermarktung der potentiellen Industrie- und Gewerbenutzungen im Voslapper Groden die Verfügbarkeit eines Gleisanschlusses entscheidend sein kann.

Die Planungen für den Bau des Nordgleises sind zu berücksichtigen. Auf eine

sinnvolle Verknüpfung der Schienenverkehrswege wird ausdrücklich hingewiesen.

◆ Straßenbautechnische Erschließung

Bereits während des Baus des Jade-Weser-Ports als auch bei Inbetriebnahme des Hafenbetriebs sind erhebliche Verkehrszunahmen und Verkehrsverlagerungen (Pendlerverlagerungen) zu erwarten. Auf Grundlage von prognostizierten Verkehrsmengen im Modal Split sind Verkehrssimulationen durchzuführen, welche Aufschluss über die Verkehrsbeziehungen und das Verkehrsaufkommen geben. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse sind gegebenenfalls Ertüchtigungen oder Teil-/Neubauten von Verkehrsinfrastrukturen zu realisieren.

Nach derzeitigem Kenntnisstand sind bereits heute nachfolgend aufgeführte Konfliktbereiche erkennbar:

Die Bundesautobahn A 29 ist die zukünftige Hauptverbindung zum Hafenterminal und umgebender potentieller Industrie- und Gewerbegebiete. Auf Grund der Höhenentwicklung des Niedersachsendamms (A 29) im Verlauf mit der signalisierten Kreuzung Flutstraße und der zukünftigen eindeutigen Verkehrsbeziehung zum Hafenterminal ist der Umbau dieses neuralgischen Verkehrsknotenpunktes notwendig. Dabei wird von Seiten der Stadt Wilhelmshaven die Weiterführung der A 29 in aufgeständerter Art und Weise mit einem darunter befindlichen Kreisverkehr und einer Anbindung über sog. Holländische Rampen favorisiert.

Im weiteren Verlauf der A 29 ist, nach Übergang zur Kommunalstraße Niedersachsendamm, im Bereich der derzeitigen Kreuzung des Niedersachsendamms mit der Straße "Am Tiefen Fahrwasser" ein Hauptverkehrsknotenpunkt in Form eines Kreisverkehrs als Hauptverteiler zu verschiedenen Verkehrszielen zu realisieren. Im Zuge der weiteren Erschließung des Bereiches Voslapper Groden und des Jade-Weser-Ports ist, u. a. aus touristischen Gründen, auf die Beibehaltung der öffentlichen Straße "Am Tiefen Fahrwasser" als Verkehrsverbindung entlang der Jade hin zu Hooksiel zu achten. Bei einer Aufhebung der Gleisstrasse westlich der Deponie bietet sich die Möglichkeit an, auf dieser vorhandenen Trasse die Osttangente weiter in nördliche Richtung (handschriftliche Erweiterung: zur Entlastung der Flutstraße im Verlauf des Ortsteils Voslapp) zu verlängern. □

Manfred Berger von der BI gegen den JadeWeserPort zum Gegenwind:

"Sehr interessant ist, dass ich zweimal das Protokoll in meinem Briefkasten gefunden habe. Einmal vollständig und einmal als Auszug. Sollten hier zwei Ratsvertreter sein, die mit bestimmten Vorgehensweise ihrer Fraktionen nicht mehr ganz einverstanden sind?"

Ich bedanke mich bei diesen Ratsvertretern ganz ausdrücklich. Es muss ein gutes Gefühl sein, sich wieder an die demokratischen Grundlagen zu erinnern.

Jedem, der sein 'politisches Gewissen' neu entdeckt hat, wird uneingeschränkte Vertraulichkeit zugesichert."



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

International Küche & Cocktails

Frühstücksbuffet
Sommer und Feiertags
10 - 15 Uhr

BAHNHOFSTR. 22, TEL.: 506876

Wilhelmshavener helfen e.V.

FairMarkt

Die Schnäppchenfundgrube

Rheinstr. 98 Tel.: 04421/45 57 88
Mo - Fr 10 - 18, Sa 10 - 14 Uhr

Möbellager
im Textilhof Ulmenstraße
Mi 16 - 18, Sa 12 - 15 Uhr

TRIANGEL

second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Eine unendliche Geschichte

Wie lange Politiker schon versuchen, elektrische Strippen über eine Bahnstrecke zu ziehen

(red) Dreierlei haben sie gemeinsam, die Eisenbahnstrecke von Makuyuwi nach Nansio und die von Wilhelmshaven nach Oldenburg: Beide Strecken sind eingleisig, beide haben Langsamfahrstrecken, beide sind nicht elektrifiziert. Der große Unterschied: Die eine Bahnstrecke befindet sich im afrikanischen Tansania und die andere in Niedersachsen. Auf der tansanischen Bahnstrecke werden meist nur Güter befördert, auf der niedersächsischen Strecke auch Menschen und vielleicht auch später mal viele, viele Container.

Während die Tansanier in den nächsten Jahren sicher nicht daran denken, auf dieser Strecke, die durch Ödland zur Küste führt, elektrische Oberleitungen zu installieren, wird von Politikern unserer Region eine Elektrifizierung der Strecke Wilhelmshaven - Oldenburg seit über einem Jahrzehnt immer wieder vehement und wortreich gefordert.

Nur - getan hat sich noch nichts.

Es war einmal - so fangen auch Märchen an - im November des Jahres 1989. Da schrieb Wilfried Adam, seit 1986 Mitglied des Landtags Niedersachsen, damals noch nicht restlos hafengebunden, an den Präsidenten der Bundesbahndirektion Hannover, Werner Remmert, einen Brief. Darin stand u.a.: *"Wilhelmshaven muss als Oberzentrum der Nordwestregion und als einziger deutscher Tiefwasserhafen eine optimale Erschließung durch die Bundesbahn erhalten. Das schließt die Elektrifizierung ebenso ein wie die Beseitigung der Langsamfahrstrecken."*

Diese Forderung war Futter für andere Politiker, die meinten, sich mit diesem Thema profilieren zu können, und so war das folgende Jahr 1990 voll von Versprechungen und scheinbaren Bemühungen.

Im Januar 1990 sprach Dr. Engstler, damals CDU-Landtagskandidat, mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht (CDU) über die geforderte Elektrifizierung der Strecke. Albrecht: *"Die Landesregierung unterstützt ausdrücklich die Forderung nach Elektrifizierung der Bahnstrecke Wilhelmshaven - Oldenburg"*.

Auch Manfred Carstens, zu diesem Zeitpunkt CDU-Staatssekretär und MdB, stieß im gleichen Monat flugs in des Landesvaters Horn und versprach, *"sich für die Bahnstrecke Wilhelmshaven - Oldenburg einzusetzen"*. Und gleichfalls in diesem Monat nahm sich auch Dr. Herbert Ehrenberg als SPD-MdB des Themas an und sandte einen Brief an Dr. Albrecht. Er regte darin u.a. an, *"...Albrecht möge zusätzliche Strukturhilfsmittel für die Elektrifizierung der Bahnstrecke bereit stellen"*.

Als Ehrenbergs Schreiben öffentlich gemacht wurde, brüstete sich MdL W. Adam bei einem Genossentreff - nicht ohne Stolz: *"Das habe ich doch schon 1986 gefordert"*.

Im Juni des Jahres wandte sich der Oldenburger SPD-MdB Dietmar Schütz in gleicher Sache direkt an das Bundesverkehrsministerium. Von dort bekam er bald die ernüchternde Antwort: *"Der Ausbau der Strecke Wilhelmshaven - Oldenburg wird als nicht gerechtfertigt bezeichnet"*.

Trotz dieses Bescheids forderte MdB Erich Maaß im Oktober 1990 in einem WZ-Gespräch: *"...Zwingend für eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in unserer Re-*

gion sei nach wie vor die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wilhelmshaven - Oldenburg".

Als im März 1991 der Kanzleramtsminister Seiters (CDU) unseren Politprofis mitteilte, *"die Bundesbahn sei derzeit nicht in der Lage, den Ausbau und Elektrifizierung der 52 km langen Strecke aus eigenen Mitteln zu finanzieren"*, war das Thema erst einmal vom Tisch.

Doch nur für kurze Zeit. Im Februar 1992 griff der Niedersächsische Verkehrsminister die Elektrifizierung der besagten Strecke wieder auf und verkündete den Wilhelmshavener Politikern, *"die Vereinbarung der Elektrifizierung der Strecke sei auf einem guten Wege"*.

Am 7. Dezember 1993 titelte die WZ - wohl als vorgezogenes Weihnachtsgeschenk: *"Bund und Land einig: Elektrifizierung bis 1999"*.

Zwei Jahre später eine weitere frohe Botschaft. *"Geld für Elektrifizierung fließt"*, so die Überschrift eines WZ-Artikels vom 24. Juni 1995. Der Grund: Der Verkehrsminister Peter Fischer hatte in einem Gespräch mit W. Adam verkündet, *"...dass die Elektrifizierung der Strecke von Wilhelmshaven nach Oldenburg vereinbarungsgemäß bis 1999 unter Draht kommt."*

Fischers Aussage nutzten flugs die Christdemokraten der Jadestadt, in ihrem Wahlprogramm für die Kommunalwahl 1996 auf ihre Meriten daran aufmerksam zu machen. So war da zu lesen: *"Die Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Oldenburg ist unter maßgeblicher Beteiligung der CDU in Bund, Land und Kommune beschlossen worden ... Deshalb fordern wir, die Elektrifizierung zu forcieren, damit ... sie noch vor dem Jahr 1999 fertiggestellt wird."*

Da durften auch die SPD-Politiker nicht hintanstehen, und so bekundete MdL Peters kurz nach Veröffentlichung des CDU-Wahlprogramms: *"Die Abgeordneten der Region werden es nicht zulassen, dass der Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg - Wilhelmshaven nicht zeitgerecht erfolgt"*.

Wasser auf die Mühlen für die Parteistrategen aller Couleurs war dann die Ankündigung des damaligen Bahnchefs Dürr im Januar 1997: *"Das Planfeststellungsverfahren für die Elektrifizierung werde noch in diesem Jahr eingeleitet, so dass die Bauarbeiten 1998 und 1999 ausgeführt werden können."*

"Nun geht's los",

hätte man jetzt jubeln können. Denkste! Im Jahr 1997 nahm sich auch die Wirtschaft dieses Themas an. Johan van Weelden, Raffinerie-Chef und passionierter Querdenker, schockte die Politiker, indem er anregte, *"die vorgesehenen Gelder für die Elektrifizierung der Strecke Wilhelmshaven - Oldenburg besser für die Bahnverbindung Wilhelmshaven - Varel - Brake zu verwenden"*.

Den Nagel auf den Kopf traf jedoch im März 1997 Manfred Adrian als Vorsitzender des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes Wilhelmshaven mit seiner Feststellung: *"Die Politiker benutzen das Thema der Zukunft und Qualität der Bahnstrecke zwischen Wilhelmshaven und Oldenburg vor allem zu ihrer eigenen Profilierung."*

Und in der Tat: Außer vollmundigen Ankündigungen unserer Politiker hat sich bis heute rein gar nicht getan.

Wenn heute ein Wilhelmshavener Bahnfahrpassagier während der Fahrt in Richtung Oldenburg aus dem Abteilfenster nach oben schaut, so sieht er nur den - meist grauen - Himmel und vielleicht mal eine Möwe, aber keine elektrische Oberleitung. Noch immer wird der Zug an verschiedenen Streckenteilen aus Sicherheitsgründen abgebremst.

Nun konnte man in den letzten Wochen der örtlichen Presse entnehmen, dass eine Elektrifizierung erst nach 2004 vorgesehen ist. Und dann auch nur, wenn Bedarf besteht.

Und Bedarf besteht frühestens dann, wenn die ersten Container vom JadeWeserPort ins Hinterland befördert werden müssen. Und da streiten sich die Gelehrten, wann dieser Zeitpunkt gekommen sein wird: Die "Macher" gehen von 2008 bis 2010 aus, benötigt wird der Hafen (wenn überhaupt) nach Ansicht von Branchenkennern frühestens 2020.

Für den Personenverkehr spielt die Elektrifizierung überhaupt keine Rolle. Wilhelmshaven wird von keinem Zug der Deutschen Bahn mehr angefahren. Die NordWestBahn, die den Personenverkehr Richtung Oldenburg/Osnabrück und Ostfriesland mit ihren dieselgetriebenen Schienenbussen durchführt, wird kaum Interesse an einer Elektrifizierung haben. Und bevor die Innenstadt noch mehr verhandelt wird, sollten wir hoffen, dass die 10 Container, die pro Woche in den Wilhelmshavener Bahnhof einfahren, auch zukünftig noch von Dieselloks gezogen werden. □

Jonathan



Naturkost

Die Gene unserer Produkte sind nicht

MANIPULIERT.

Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel. 04421/13438

Brandaktuell: Rettet die Südzentrale!

WilhelmshavenerInnen wollen Bürgerinitiative gründen

(hk) Einem Abriss der Südzentrale steht nach Meinung des Bauausschussvorsitzenden Norbert Schmidt (SPD) nichts mehr entgegen. Mit dieser Verlautbarung trat der SPD-Politiker zwei Tage vor dem Internationalen Museumstag an die Öffentlichkeit. Pikanterweise gab es an eben diesem Museumstag einen Vortrag der Studentin für historisches Kulturgut Corinna Janßen zum Thema Südzentrale.

Lokales Streitthema

In dem Vortrag über ein lokales Streitthema ging es um das ehemalige Kraftwerk direkt an der Kaiser-Wilhelm-Brücke. Erläutert wurde nicht nur der geschichtliche Aspekt des heute 93-jährigen Baudenkmals, es wurde auch die heutige Sachlage dazu kritisch dargestellt. Vor allem ging es um die bisher unzureichende Sicherung und Bewahrung eines Gebäudes, welches in dieser Art als einzigartig in Deutschland betrachtet werden muss.

Die Südzentrale wurde 1909 als Kohlekraftwerk von dem Marinebaumeister Fritz Rieker fertiggestellt. Sie sollte sich in ihrem Baustil in das Stadtbild des damaligen Wilhelmshaven einfügen. Somit glich die Südzentrale eher den herrschaftlichen Wohnhäusern der heutigen Südstadt als einer Industrieanlage.

Die Fassade der großen Maschinenhalle erhielt einen für die damalige Zeit typischen, geschwungenen Giebel mit Jugendstilelementen, die Fenster und Türen wurden in einem hellblauen Farbton gefasst, die Stahlträgerkonstruktion bekam einen elfenbeinfarbenen Anstrich.

Ein Vergleichsbau zu diesem Kraftwerk ist in Deutschland nicht mehr zu finden.

Südzentrale in Wilhelmshaven

Unsere Mitarbeiter haben uns auf ein in seiner Art einzigartiges Industriedenkmal aufmerksam gemacht. Es handelt sich um die 1909 erbaute Südzentrale, das ehemalige Stromkraftwerk. Das architektonisch wertvolle Industriedenkmal entbehrt seit mehr als zehn Jahren einer Nutzung; nun soll es abgerissen werden. Der private Eigentümer beruft sich auf die wirtschaftliche Unzumutbarkeit gemäß § 7 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes. Die Grundsubstanz dieser in Fachwerkkonstruktion aus Eisen errichteten Anlage ist gut erhalten. Daher sehen wir keinen Hinderungsgrund, diese in ein zu errichtendes Wohn- und Gewerbezentrum zu integrieren. Der Stadt böte sich sodann auch die Chance, das neben der Kaiser-Wilhelm-Brücke liegende Industriedenkmal wirkungsvoll stadtgeschichtlich zu vermarkten. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie der Stadt bei der Umnutzung der Südzentrale beratend zur Seite steht.

Aus: Die ROTE MAPPE 2002 des Niedersächsischen Heimatbundes e.V. - ein kritischer Jahresbericht zur Situation der Heimatpflege in unserem Lande -

Baudenkmal

Das 1909 als Kohlekraftwerk errichtete Kraftwerk lieferte noch bis zum Ende des Jahres 1993 Heizenergie aus Dampf für das Marinearsenal. Seit 1987 ist das Gebäude als Baudenkmal der Wirtschafts- und Technikgeschichte eingestuft. 1993 begann dann der "Leidensweg" dieses einmaligen Baudenkmals. Für knapp 2 Millionen DM wurde das Gebäude an eine Firma in Loxstedt-Dededorf veräußert - inzwischen gehört es der BGI mbH in Ibbenbüren. Die Stadt Wilhelmshaven, die das Gebäude zu einem Vorzugspreis hätte erwerben können, war mal wieder pleite und konnte es nicht erwerben.

Viel wurde in der Zeit seit der Stilllegung über eine mögliche Weiternutzung diskutiert - das Marinemuseum zeigte Interesse, es gab auch den Vorschlag, das Küstenmuseum dort unterzubringen. Aber auch eine Nutzung als Hotel stand genauso wie die Nutzung als Lagerhalle zur Debatte. Mangelnde Unterstützung und auch die abschreckenden finanziellen Ausmaße verhinderten jegliche Nutzung. Der jetzige Eigentümer wollte die Südzentrale zu einem Wohnhaus umbauen - dem stand plötzlich die hafenwirtschaftliche Nutzung des Geländes entgegen.

Verfall, Brandstiftung, Diebstähle

Ende 1998 zogen die Bewohner der Betriebswohnung aus und der sichtbare Verfall des Gebäudes vollzog sich in Windeseile. Das Gebäude konnte nicht gegen Vandalismus und die daraus resultierenden Witterungsschäden abgesichert werden.

Zwei Brände in dem Gebäude boten dann auch Raum für entsprechende Verursacherspekulationen. Im Sommer 2001 vernichtete ein durch Brandstiftung ausgelöstes Feuer wichtige Bereiche im Bürotrakt. An-

wohner berichten von mindestens fünf Bränden in den letzten Jahren.

So unvollkommen gesichert, wie der Komplex jetzt dasteht, war es auch nur eine Frage der Zeit, wann die ersten Diebstähle stattfinden werden. So wurde ein Teil der Treppentreppe abmontiert und ein Fußboden-Mosaik (Reichsadler) wurde fein säuberlich aus dem Beton geschlagen.

Inzwischen ist der Gesamteindruck des Gebäudes so verheerend, dass die Aussage von Norbert Schmidt, dass "die Bürger die Schnauze jetzt voll haben" durchaus nachvollziehbar ist. Nur jetzt daraus den Schluss zu ziehen, dass das Gebäude der Abrissbirne zum Opfer fallen muss, und dass unser Oberbürgermeister Eberhard Menzel sogar ankündigt, "dass das Gemäuer der ehemaligen Südzentrale unterhalb der KW-Brücke vermutlich abgerissen und zunächst einmal als Parkplatz genutzt werde" (WZ 11.01.02), das passt zwar zur Wilhelmshavener Politik, wird aber dem historischen Wert der Südzentrale nicht gerecht.

Corinna Janßen dazu in ihrem Vortrag am internationalen Museumstag: *"Die Südzentrale steht heute, neben dem ehemaligen KSW-Gebäude, als einziges komplett erhaltenes Industriegebäude der kaiserlichen Marine-Werft in Wilhelmshaven.*

Mit der Kaiser-Wilhelm-Brücke, dem Wahrzeichen unserer Stadt, bildet es ein einmaliges Ensemble der Industriegestaltung vom Anfang des 20. Jahrhunderts. ... Während die etwa gleichaltrige Kaiser-Wilhelm-Brücke ihren 100. Geburtstag wohl zur Eröffnung des JadeWeserPorts feiern wird, werden an Stelle des ehemaligen Kraftwerks 'Parkplätze' geplant. ... Ein wahrhaft trauriges Ende für eine nun mal einmalige Architektur, die, wäre sie saniert, unserer Stadt ein schönes Stück 'Historie' zurückbringen würde."

Dem Vortrag schloss sich eine rege Diskussion an, die zu der einmütigen Auffassung der Zuhörer führte, dass es sich lohne, für den Erhalt dieses Gebäudes zu kämpfen und dafür eine Bürgerinitiative "Erhaltet die Südzentrale" zu gründen.

Ob es zu dieser Gründung kommen wird, entscheidet sich in den nächsten Tagen. Wir werden diesen Termin dann auf unserer Internetseite bekannt geben.

Für Nachfragen zum Thema Bürgerinitiative steht Ihnen auch Herr Jürgen Engel, Telefon 04463/55014, zur Verfügung.



Treppenkonstruktion in der Südzentrale

Kein Handlungsbedarf?

Wie die Stadt ihre Bürger dazu nötigt, die Straßen zu pflastern

(red) "Bunker mit oder ohne Grundstück zu verkaufen", lautete vor einigen Wochen der Text einer Anzeige im Sonntagsblatt. Bunker prägen das Bild einiger Stadtteile Wilhelmshavens. Sie zu entfernen würde Millionen kosten. Für den Bund als Eigentümer der Bunker ist es schön, wenn jemand mit so einem Erinnerungsstück an den letzten Krieg etwas anzufangen weiß und auch noch ein paar Euro dafür in die Staatskasse fließen lässt.

Für den Bunker Ölhafendamm hat sich ein Käufer gefunden, der darin ein Unternehmen eröffnen will. Außer mit dem Bundesvermögensamt bekam er es auch mit der Stadt zu tun, denn das Grundstück südlich des Bunkers war zum Teil in städtischem Besitz. Seit Jahr und Tag im Bebauungsplan als Wendehammer für die Hermannstraße, eine kleine Heppenser Sackgasse, vorgemerkt, wilderte es vor sich hin und bildete mit dem größeren Teil des unbebauten Grundstücks hinter dem Bunker eine Einheit und einen Lebensraum für viele Tiere. Erst vor ein paar Jahren verpachtete die Stadt ihren Teil des Gartens an einen Anwohner, der ihn als Spielplatz für seine Kinder nutzte.

Von Altheppens her erreicht man das Bunkergrundstück durch die Hermannstraße, und so möchte der neue Eigentümer des Bunkers sein Gelände auch anfahren. Ein Hindernis dafür musste allerdings beseitigt werden.

Ein Garten wird angelegt

Vor Jahrzehnten hatte die Stadt die Hermannstraße asphaltiert und die Randstreifen bei den Wohnhäusern gepflastert. Doch etwa fünf Meter vor der jetzigen Grundstücksgrenze gingen dem Bauamt der Asphalt und die Steine aus. Die Hausbesitzer der Hausnummern 1 und 2 halfen sich selbst: Nummer 2 pflasterte die an sein Grundstück grenzende Hälfte mit Gehwegplatten und schuf sich damit eine Zufahrt zu seinen nördlich des Hauses gelegenen Garagen, Nummer 1 legte auf der anderen Hälfte einen Garten an.



Und so sieht es jetzt am Ende der Hermannstraße, wo früher ein üppiger Rosenstrauch stand, aus: Die Bewohner der Häuser 1 und 2 erreichen den Nordteil ihrer Grundstücke nur noch durch eine (je nach Wetter) Sand- oder Matschkuhle. Nummer 2 kann seine Garagen nicht nutzen; Nummer 1 kann kein Heizöl angeliefert bekommen. Ein nur durch einen Betondeckel bedeckter Schacht mitten in einem 'Sandkasten' lockt Kinder unwiderstehlich zum gefährlichen Spiel. Der neue Eigentümer des Bunkers kann seine geplanten Baumaßnahmen nicht in Angriff nehmen, solange die Straße nicht gepflastert ist. Ist seinen Nachbarn im Moment die Nutzung ihrer Grundstücke verwehrt, so verliert er durch Nutzungsausfall Geld.

Foto: tunnat

Besonders glücklich waren die Bewohner der Hermannstraße nicht, als die Nachricht vom Verkauf des Bunkers zu ihnen drang und die ersten Gerüchte über die Pläne des neuen Eigentümers sie erreichten. Mit der Ruhe und dem Grün würde es bald vorbei sein, befürchteten sie, und sie waren verärgert darüber, dass sie erst nach vollzogenem Verkauf informiert wurden - wenigstens die Bewohner der Häuser Nummer 1 und 2 meinten, sie hätten die Chance bekommen müssen, das von ihnen seit Jahren genutzte und gepflegte Endstück der Hermannstraße zu erwerben.

Dann allerdings hätte der Bunkerkäufer keine Zufahrtsmöglichkeit zur Rückseite seines Besitzes gehabt, und die ist ihm wichtig.

Beim Grenztermin im April wurde die Eigentümerin des Hauses Nummer 1 aufgefordert, den Garten zu beseitigen, um die Zufahrt zum Bunkergrundstück freizugeben. Harald Wilke (Fachbereich Immobilien der Stadt) verwendete sich hier für den Käufer, dem er ja schließlich ein städtisches Grundstück mit Zufahrt verkauft hatte.

Nun sieht es jedoch ganz so aus, als hätte der städtische Immobilienhändler mittlerweile genau das vergessen.

Nachdem die Besitzerin des Hauses

Nummer 1 notgedrungen ihre Rosen und Stauden vernichtet, Zaun und Gartentor entfernt und die Erde abgetragen hatte, meldete sie bei der Stadt Vollzug. Auch der Eigentümer von Nummer 2 hatte angefangen, seine Gehwegplatten auf der anderen Seite des Straßenendstückes zu entfernen, um der Stadt die Fertigstellung der Straße zu ermöglichen. Die Stadt könnte (müsste) jetzt schnell anrücken, um das vor vielen Jahren unterbrochene Werk zu vollenden und die Straße bis zum Ende herzurichten.

Ortstermin

So besichtigte Herr Wilke zusammen mit seinem Kollegen Frerichs vom Straßenbauamt Mitte Mai die Ecke, um festzustellen, was da für die Stadt zu tun anliegt. Auf den ersten fachmännischen Blick stellte Herr Frerichs fest, dass die Gehwegplatten nicht ausrei-

chen würden, um dem in nächster Zeit zu erwartenden Baustellenverkehr und dem zukünftig geplanten Lieferverkehr standzuhalten. Eine ordentliche Pflasterung passend zu den Gehwegen längs der Straße müsse es schon sein, und der Schacht, der beim Entfernen des Gartens zu Tage getreten war, müsse ordentlich gesichert werden. Da Herr Frerichs bei seinen Überlegungen das Pronomen "wir" verwendete, gingen die Anwohner, die der Besichtigung beiwohnten, zunächst mal davon aus, dass die Stadt die Straße pflastern würde.

Kein Handlungsbedarf

Doch in einem Telefonat am Nachmittag nach der Besichtigung setzte Herr Wilke eine Anwohnerin davon in Kenntnis, dass er "keinen Handlungsbedarf" für die Stadt sieht. Der Käufer des Bunkers habe ja nun zu Fuß Zugang zu seinem Gelände, und wenn er es mit Fahrzeugen erreichen wolle, dann solle er die Straße herrichten. Dass auf dem Abwasserschacht nur ein Betondeckel lose liegt, beunruhigte Herrn Wilke auch nicht sonderlich - "da hinten kommt doch kaum mal jemand vorbei" - und außerdem sei die Eigentümerin des Hauses Nummer 1 zur Wartung verpflichtet, denn es handle sich um ihr Abwasser.

Bis zu seinem obigen Schreiben an den Käufer des Bunkers hatte Herr Wilke den Schacht schon wieder vergessen. □



Mai 2002

(iz) Wie immer berichten wir kommentiert und nicht ohne Augenzwinkern, was unsere gewählten VertreterInnen zu sagen haben - auch außerhalb des Protokolls, aber immer mit der Stimme, zu der ihnen die unsrige verholfen hat. Ausschneiden, sammeln und vor der nächsten Kommunalwahl gründlich studieren!

Aus für Grundschule Coldewei!

Kinder haben kurze Beine und Politiker ein kurzes Gedächtnis. Seit der Wahlperiode 1986-91 existiert in Wilhelmshaven ein einstimmiger Ratsbeschluss zum Erhalt der Grundschulen. Kurze Schulwege für die Kleinsten sind sichere Wege. Jetzt entschied die Mehrheitsgruppe aus SPD und Bündnis 90/Grüne, nach wochenlangem öffentlicher Diskussion, gegen die Entscheidung des zuständigen Fachausschusses und in Anwesenheit zahlreicher betroffener Eltern, Lehrerinnen und Kinder, die Grundschule Coldewei zu schließen. Die Vertreter der WALLI (Wilhelmshavener Alternative Liste), FDP, CDU und REP sprachen sich geschlossen für den Erhalt der Zwergschule im dörflichen Umfeld Coldewei/Himmelreich aus.

Dem Beschluss ging eine mehr als einstündige hitzige und oftmals unsachliche Debatte voraus. Die Opposition kritisierte vor allem den künstlich aufgebauten Zeitdruck, mit dem die Entscheidung durchgepeitscht wurde. Den Eltern wurde dadurch der juristische Weg eines Bürgerantrags verwehrt. Vor der Sitzung hatten sie OB Menzel eine Liste mit über 600 Unterschriften für den Schulerhalt überbracht. Als Notbremse brachte die FDP einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Argumente der Eltern für den Schulerhalt wiedergab (und von der Mehrheitsgruppe abgeschmettert wurde).

CDU-Ratsherr Möhle beschrieb im Rückblick auf ein ähnliches Vorgehen bei der Schließung der Helene-Lange-Schule ein 'System Dr. Jens Graul'. Als zuständiger Dezernent habe der es in 15 Jahren nicht geschafft, einen Schulentwicklungsplan vorzulegen. Statt dessen werde dann kurz vor den Osterferien die Schließung einer Schule zum Ende des Schuljahres bekannt gegeben, so dass keine Handlungsalternativen blieben. Oberstadtdirektor Schreiber nahm Graul in Schutz: Solche Entscheidungen würden nicht von einem einzelnen Dezernenten gefällt, sondern von der gesamten Verwaltungsspitze. Wir ergänzen: Da diese in der Regel das gleiche Parteibuch hat wie die Mehrheitsfraktion, haben da wohl noch mehr Leute die Finger drin.

Hier wurde es turbulent. SPD-Chef Neumann beschimpfte Möhle, es sei "eine Schweinerei, Menschen (Graul) so kaputt zu machen." Darauf ein Zuschauer Richtung Neumann: "Ich glaube nicht, dass Sie das beurteilen können." Neumann setzte noch einen drauf: CDU-Chef Reuter wolle Kinder in fensterlosen Räumen unterrichten. Das war eine sehr frei interpretierte Anekdote aus dem Bauausschuss, wo es sich wohl nicht

um fehlende Fenster, sondern einen fehlenden Zugang zu einem Notausgang gedreht hatte. Wegen der verdrehten Darstellung wollte Reuters Kollege Ender den Ältestenausschuss anrufen usw. usf.

Zwischendrin widmete man sich auch mal annähernd der Sache. Das Rechtsamt erklärte auf Enders Anfrage, trotz des (eingangs erwähnten) Grundsatzbeschlusses zum Schulerhalt sei im Einzelfall ein abweichender Beschluss zulässig. Der Rat ist also nicht an seine früheren Beschlüsse gebunden. "Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?" war auch Inhalt weiterer Beiträge. Ratsherr von Teichman (FDP) zitierte mit Seitenangabe aus dem Grünen Kommunalwahlprogramm vom letzten Jahr, wo die vormals alternative Partei noch mehr Grundschulen gefordert hätte. Zwischendurch versuchte er auch Ruhe in die Diskussion zu bringen: Mit einem angemessenen Zeitrahmen für Alternativensuche und Abwägung hätte vielleicht auch die Opposition die Argumente für die Schließung der Schule nachvollziehen können, allein der künstliche Zeitdruck sei nicht akzeptabel. Ratsherr Tjaden (WALLI) wollte sich an seine Zusagen vom 9.9.2001 halten (Schulerhalt) und mahnte, mit der Schließung von Schulen würden weitere Familien ins Umland abwandern und dadurch weitere Schulen gefährdet. Neumann ging Tjaden an: Er sei es doch, welcher der Stadt alle Chancen nehmen wolle, weil er gegen den JadeWeserPort sei. **WOW! 5 Sterne an Neumann auf der Richterskala für Stammtischniveau. Jede Chance nutzen, um auch beim abwegigsten Thema auf das Lieblingsobjekt zu kommen!**

Tjaden konterte: Wenn Neumann wirklich an die 5.000 Arbeitsplätze durch den JWP glaube, dürfe er auch nicht eine Schule schließen, sondern müsse noch weitere einrichten. Dafür gibt's ★★★★★ für Schlagfertigkeit, dazu fiel sogar Neumann, der sonst immer das letzte Wort haben muss, nix mehr ein. JWP-Befürworter Reuter nahm Tjadens Argumentation auf: Gerade wegen des Großprojekts müssten Kinder besonders gut qualifiziert werden. Inzwischen hatte Neumann wieder Luft geschnappt: "5 Jahre bis zum ersten Container!" **(Liebe LeserInnen: Bitte diese Ausgabe auf Wiedervorlage für den Mai 2007 packen).**

Die FDP warf den Grünen vor, sich hinter Gesetzen und Verordnungen zu verstecken, und beantragte geheime Abstimmung. Vermutlich, um den Fraktionszwang der Mehrheitsgruppe auf die Probe zu stellen. Klappte aber nicht, da, so OB Menzel, geheime Abstimmung nur bei Wahlen möglich ist.

Wie's ausging, steht oben geschrieben. Pikant war bei dem Ganzen noch, dass in einem späteren Tagesordnungspunkt der Erlös aus dem Verkauf des Coldeweier Schulgebäudes zur Deckung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushalt vorgesehen war - der Braten war also schon verzehrt, ehe das Schwein überhaupt geschlachtet war. Wozu also die ganze Diskussion, wozu ein Fachausschuss, der sich mit 8 zu 5 Stimmen für den Erhalt der Schule ausgesprochen hatte? ☐

Weitere Ratssplitter auf Seite 12



Mütterzentrum

Werftstr. 45
Telefon: 506 106

Veranstaltungen im Juni:

Offene Stillgruppe mit Hebamme

Ein Treffpunkt nicht nur für stillende Mütter!

Jeden Montag
14.30 - 16.30 Uhr

Geburtsvorbereitungskurs für jugendliche Schwangere

Fragen rund

um die Geburt -

Kreißaalbesichtigung

Jeden Dienstag
14.30 - 16.00 Uhr

Treffpunkt für jugendliche Mütter

Jeden Dienstag
15.00 - 17.00 Uhr

Treffpunkt Bauchladen

Unsere Hebamme gibt Beratung und Hilfestellung

bei Schwangerschaft und Geburt

Jeden Dienstag
9.30 - 11.30 Uhr

Neue Öffnungszeiten: Café MüZe:

Montag bis Donnerstag
9.30 - 17.00 Uhr

Freitag: 9.30 - 14.00 Uhr

Sonntag: 9.30 - 12.30 Uhr

Secondhandladen:

Montag bis Donnerstag
9.30 - 12.30 Uhr

Dienstag: 15.00 - 17.00 Uhr

Transparenz und Kahlschlag

Wem nützt die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe?

(ub) SPD und Grüne sind sich einig: Die Arbeitslosenhilfe soll abgeschafft werden. Stattdessen sollen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Leistung verschmelzen, die von nur noch einer Behörde verwaltet wird. Die Meinungen zu diesem jüngsten rot/grünen Reformentwurf gehen weit auseinander. Mehr Transparenz, weniger Bürokratie und eine *„erfolgreichere Eingliederung der Hilfeempfänger in den Arbeitsmarkt“* verspricht beispielsweise die *Financial Times* ihren Lesern. Gewerkschafter hingegen befürchten, so die *tageszeitung*, einen *„Kahlschlag in den Kassen von Joblosen und Kommunen“*. Noch gibt es nur grob gerasterte Vorstellungen über die Auswirkungen dieser sehr weitgehenden sozialstaatlichen Veränderung. Der Gegenwind hat grundlegende Fakten zur bisherigen Praxis zusammengestellt und ist der Frage nachgegangen, wem diese Sozialgesetzänderung nützt oder schadet.

Im *Spiegel* war Ende März zu lesen, dass hochrangige SPD-Politiker aus Bund und Ländern bei einem Treffen ein internes und geheimes Papier bezüglich einer möglichen Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe diskutiert haben. In einer Pressemitteilung vom 29.4.2002 teilt die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland (Ali) mit, dass dieses *„Geheimpapier“* ins Netz gestellt mittlerweile allgemein zugänglich sein soll. Die Ali umreißt die sozialdemokratischen Vorstellungen hinsichtlich der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wie folgt: *„Als zentrales Ziel wird in dem Arbeitspapier die Schaffung einer einheitlichen Leistung in einer einzigen Behörde genannt. Das soll sowohl die arbeitsmarktfördernden aktiven Leistungen betreffen, als auch die zu zahlenden monatlichen Lohnersatzleistungen.... Die Regelungen der Arbeitsvermittlung sollen sich an die Bestimmungen des heutigen Sozialhilferechts anlehnen...die Leistungen sollen auf das 'absolute Existenzminimum' abgesenkt werden.“*

Nun war auch bisher ein Arbeitslosenhilfebezieher nicht auf Rosen gebettet und auf den ersten Blick unterscheidet sich die Höhe der gezahlten Arbeitslosenhilfe auch nur unwesentlich von der Sozialhilfe. Statistisch gesehen erhält nur der geringere Teil der Bezieher von Arbeitslosenhilfe mehr Geld als der durchschnittliche Sozialhilfeempfänger. Beide Leistungsarten unterscheiden sich, wie im Folgenden dargestellt, jedoch in nicht unerheblichen Einzelheiten.

Die Höhe der Leistung

Die Höhe der Arbeitslosenhilfe wird bestimmt durch das vormals erzielte Arbeitseinkommen. Hilfeempfänger mit Kindern beziehen im Durchschnitt 57 % ihres letzten Nettoeinkommens, ohne Kids werden 53 % gezahlt. Der Sozialhilfe liegt ein fester Regelsatz von derzeit rund 285 Euro zu Grunde. Die Ausgaben für Miete und Mietnebenkosten sind angepasst an regionale Mietpreissbedingungen gedeckelt. Der Sozialhilfebedarf setzt sich zusammen aus dem Regelsatz und den (nach oben begrenzten) Ausgaben für das Wohnen. Während nun der Bezieher von Arbeitslosenhilfe die Möglichkeit hat, durch andere Leistungen wie z.B. Kindergeld, Wohngeld, Rente etc. sein verfügbares *„Einkommen“* aufzubessern, ist dies dem Sozialhilfeempfänger verwehrt. Jede andere Einkommensquelle (beispielsweise Unterhalt, Erwerbsminderungsrente oder Abfindungszahlung bei betriebsbedingter Kündigung durch den Arbeitgeber) reduziert in

der Regel automatisch die Sozialhilfeleistung.

Der Job nebenbei

Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe dürfen zusätzlich zu der gezahlten Leistung Nebeneinkünfte aus Arbeit erzielen. Unterschiedlich jedoch sind die Obergrenzen bis zur jeweiligen Anrechnung. Bei der Arbeitslosenhilfe sind monatlich mindestens 165 Euro, maximal 20 % der ausbezahlten Arbeitslosenstütze, anrechnungsfrei. Die anrechnungsfreie Höchstgrenze des Nebeneinkommens des Sozialhilfeempfängers schwankt je nach Höhe der gesamt gezahlten Sozialhilfe zwischen ca. 70 und 140 Euro.

Ersparnisse aus besseren Zeiten

Sowohl bei der Berechnung von Sozialhilfe als auch bei der Arbeitslosenhilfe wird vorhandenes Vermögen berücksichtigt. Es gibt so genannte Vermögensfreigrenzen. Der Unterschied zwischen Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfebezug ist gravierend!

Einem Sozialhilfeempfänger werden lediglich 1.279 Euro auf der *„hohen Kante“* zugebilligt. Seine Lebenspartnerin, deren *„Vermögen“* ja mit angerechnet wird, darf ganze 614 Euro, beispielsweise in Aktien angelegt, haben. Alles, was diese Summen übersteigt, muss zunächst verbraucht werden, bevor ganz oder teilweise Sozialhilfe gezahlt wird.

Hier ist der Bezieher von Arbeitslosenhilfe deutlich besser dran. Pro Lebensjahr wird ihm und seiner Partnerin jeweils eine Rücklage von 520 Euro zugebilligt. Das ergibt beispielsweise bei einem Paar mit einem Lebensalter von 55 Jahren eine nicht anrechnungsfähige Ersparnis von 57.200 Euro. Zum Vergleich: Bei einem Paar, welches Sozialhilfe bezieht, spricht man ab ca. 2.000 Euro von anzurechnenden Vermögen! An dieser Stelle wird die Auswirkung, die eine Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe für den Bezieher haben kann, besonders deutlich. Ein über Jahrzehnte angespartes kleines Vermögen muss von einem im Alter arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer erst fast vollständig verbraucht werden, bevor staatliche Leistungen (Sozialhilfe) greifen.

Rente und Zumutbarkeit

Die Zeiten, in denen Arbeitslosenhilfe bezogen wird, sind rentenrechtlich gesehen Beitragszeiten. Das heißt, auch wenn nur geringe Beträge gezahlt werden, führen diese jedoch letztendlich zur Steigerung der späteren Rente. Wer Sozialhilfe bezieht, erhöht sei-

ne Beitragszeit und damit seine zu erwartende Rente nicht.

Die Zumutbarkeitsregelung der Arbeitsämter besagt, dass als zumutbar jede Arbeit gilt, bei der ein Nettoeinkommen über der Höhe der Arbeitslosenhilfe erzielt werden kann. In der Sozialhilfe gibt es eine solche Zumutbarkeitsregelung nicht. Hier gilt, dass grundsätzlich jede Tätigkeit, und sei es bei einem Stundenlohn von 2 Euro, angenommen werden muss. Andernfalls kann die Sozialhilfe gestrichen werden!

Eine Reform für den Staatshaushalt..

Unterstellt man, dass bei der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe die Anpassung in Richtung der Bedingungen der Sozialhilfe erfolgt, ist eindeutig klar, dass sich die Situation der Arbeitslosenhilfeempfänger drastisch verschlechtert.

Das jüngste Reformvorhaben der rot/grünen Bundesregierung soll vor allem einen Staatshaushalt sanieren.

Die *Financial Times* vom 15.4.2002 rechnet vor: *„Bei einer Zusammenlegung von Ar-*

KULTUR - KOMMUNIKATION



**HOTEL
KLAWG KLAWG**

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

Freitag, 7. Juni
GLOOMY FRIDAY
EBM - 80's - DarkWave - event

- KONZERT DES MONATS -

Freitag, 14. Juni
MESSAGE HIP-HOP JAM
Break Dance - Hip-Hop - Rap - DJ's
featuring:
BEAT-FABRIK
(Prinz Porno, Smexer, Kid Cobra, Nick und CU-Scratch)
DUTYSTROY'S GEGENMITTEL
EMULSION
UNIQUE NORTH STYLE
PIRANJA STYLE

Freitag, 21. Juni
"Creeping Unknown" - Package Tour 2002
ROBERT SCOTT (UK) Ex-The Clean
GRAEME JEFFERIES (UK) The CAKEKITCHEN
CHICK GRANING (USA)
Ex-Anastasia Screamed, SCARCE
Ein MUSS für jeden der PAVEMENT, STROKES oder gar Bob Dylan mag

KLING KLANG e-Mail-News
Kurze eMail an KLINGKLANGINFO@AOL.COM
...und DU bist dabei !

www.kling-klang-online.de

beitslosen- und Sozialhilfe erwartet die Bundesregierung Einsparungen von jährlich 5 Mrd. Euro..." Für die Ali Wilhelmshaven ist klar, zu wessen Lasten: Sie rechnet mit "geplanten Leistungskürzungen für Hunderttausende, mit den Familienangehörigen gar Millionen Menschen in diesem Land...". In der Pressemitteilung der Ali vom 29.4. heißt es dazu weiter: "...die Leistungen sollen auf das absolute Existenzminimum abgesenkt werden. Gesucht wird nach einer Lösung, die ... am kostengünstigsten ist."

In einer Pressemitteilung des DGB vom 24. April verdeutlicht dessen Regionalvorsitzender Manfred Klöpfer befürchtete Auswirkungen für Arbeitslose und Kommunen: "Im Sommer letzten Jahres erhielten allein im ehemaligen Verwaltungsbezirk Oldenburg 16.017 Menschen Arbeitslosenhilfe... Bei einer generellen Absenkung auf Sozialhilfeniveau würde, so Klöpfer, ein Drittel bis die Hälfte der bisherigen Arbeitslosenempfänger vom Staat keinerlei Unterstützung erhalten. Sie erhielten auch bei einer Streichung der Arbeitslosenhilfe keine Leistungen des Sozialamtes, da anderweitiges Familieneinkommen angerechnet wird. Die andere Hälfte der Empfänger von Arbeitslosenhilfe würde mit einem Schlag von Sozialhilfeempfänger werden. Die Einschnitte würden voll auf die kommunale Sozialhilfe durchschlagen." Dies ist, so Klöpfer weiter, "für keine Gemeinde unserer Region verkraftbar und auch den Arbeitslosen und ihren Familien nicht zumutbar."

...und die Arbeitgeber

Die von den Befürwortern gern auch als "Hilfe aus einer Hand" bezeichnete Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe soll, so die *Financial Times* weiter, "auch für eine erfolgreiche Eingliederung der Hilfsempfänger in den Arbeitsmarkt sorgen". Wie das aussehen kann, erklärt die Bremer Sozial- und Arbeitssenatorin Karin Röpke (SPD) in einem taz-Interview vom 8. April d. J.: "Für die Hilfesuchenden ist das derzeitige System, also das Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, wenig transparent. Es darf doch nicht sein, dass nur diejenigen arbeitsmarktfördernde Maßnahmen in Anspruch nehmen können, die in der Arbeitslosenhilfe sind... Wir wollen mit dem 'Fallmanagement' in den Sozialzentren erreichen, dass die guten Möglichkeiten der Arbeitsämter zusammengeführt werden mit den Angeboten der kommunalen Beschäftigungsprojekte, die bei den Sozialhilfeträgern angesiedelt sind."

Gewerkschafter und Vertreter von Arbeitsloseninitiativen befürchten hingegen, dass durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe mehr Arbeitslose durch entsprechenden Druck der Ämter gezwungen werden könnten, schlecht bezahlte sogenannte Niedriglohnjobs anzunehmen. Eine Entwicklung, die Arbeitseinkommen und -bedingungen aller Erwerbstätigen negativ belasten würde. □

Was läuft eigentlich in der Sozialen Stadt?

Noch immer ist vom millionenschweren Förderprogramm nichts zu merken

(hk) Stellen Sie diese Fragen einmal einem 'normalen Bürger' aus dem Sanierungsgebiet. Er wird Sie nur verständnislos anschauen: "Soziale Stadt - nie gehört!" Inzwischen soll es ja bereits mehrere Arbeitsgruppen geben, aber gibt es auch schon Konzepte? Was macht der Quartiersmanager, was der Beirat?

Ist schon einmal der Versuch unternommen worden, die BürgerInnen der westlichen Südstadt in die Diskussion um die Zukunft ihres Stadtteils (hier muss man jetzt wohl Quartier sagen) einzubeziehen? Gab es vielleicht mal ein kleines Fest, um die soziale Stadt bekannt zu machen? Wurden vielleicht schon mal Infoblätter verteilt? Gab es den Versuch, vielleicht eine Stadtteilzeitung zu machen? Nichts davon ist bisher geschehen. Es soll allerdings einen Beschluss der Arbeitsgruppe "Öffentlichkeitsarbeit" geben, der zum Inhalt hat, dass erst einmal keine Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden soll.

Statt dessen versuchen einige KommunalpolitikerInnen ihr eigenes Süppchen auf Kosten der Sozialen Stadt zu kochen, versuchen, die Bürgerbeteiligung zu minimieren, versuchen, MitarbeiterInnen im Stadtteil tätiger sozialer Organisationen aus den Entscheidungsgremien hinauszukicken, weil diese ja nicht unbedingt auch im Stadtteil wohnen. Unglaublich auch, dass die ausländischen Vereine einzig durch einen Vertreter des Ausländerbeirats am Geschehen beteiligt werden. Die Liste der uns in den letzten Wochen zugetragenen Ungereimtheiten ließe sich noch spaltenlang fortsetzen.

Woran liegt's?

Liegt es daran, dass das Quartiersmanagement sein Quartier in der Blumenstraße noch nicht bezogen hat? Oder liegt es einfach daran, dass die Stadt Wilhelmshaven die Töpfe der Sozialen Stadt als Selbstbedienungsladen ansieht und dementsprechend auch nur geringes Interesse an der sozialen Komponente hat? In Wilhelmshaven wurde ja bekanntlich zur Erledigung der Aufgaben



der Quartiersmanager Thorsten Stahlhut eingestellt, der seit Anfang Januar von Termin zu Termin hastet und doch wohl nicht das auf die Reihe kriegt, was er sich vorgenommen hat. In anderen Städten geht man mit der Sozialen Stadt ganz anders um. Als Beispiel haben wir uns eine aktuelle Stellenausschreibung der Stadt Dortmund ausgesucht.

Nun ist das Projekt in der Dortmunder Nordstadt ganz sicher nicht mit dem in der Wilhelmshavener westlichen Südstadt vergleichbar, zeigt aber doch, dass eine ganz andere Herangehensweise (Schwerpunkt **Soziale** Stadt) möglich ist. □

Quartiersmanager/innen gesucht

Im Rahmen des Projektes Quartiersmanagement in der Dortmunder Nordstadt sind in der Zeit vom 01.07.2002 bis zum 30.06.2007 insgesamt 5 Stellen zu besetzen. Das Projekt ist eingebunden in die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II und bildet den Verknüpfungspunkt zwischen den Bewohner/innen im Stadtteil, den verschiedenen Akteursgruppen und -ebenen, der Verwaltung, der Politik und der Wirtschaft. Das Quartiersmanagement beinhaltet u.a. folgende Aufgaben:

- Leitbildentwicklung für das jeweilige Quartier in Kooperation mit den Bewohner/innen, den Hauseigentümer/innen etc.
- Aufbau nachhaltiger nachbarschaftlicher Strukturen
- Aufbau von Vernetzungsstrukturen
- Beratung, Entwicklung und Mittelakquisition für bürgerschaftliche Projekte
- Quartierspromotion/Öffentlichkeitsarbeit

Die Ausschreibung richtet sich an Absolventen/innen aus den Bereichen Sozialwissenschaften, Pädagogik, Sozialarbeit/-pädagogik, Raumplanung, Geographie, Architektur oder einer vergleichbaren Fachrichtung. Erwartet werden Berufserfahrungen mit der Projektentwicklung/Projektbegleitung in interdisziplinären Tätigkeitsfeldern sowie aus dem Bereich der Gemeinwesen- bzw. Quartiersarbeit. Darüber hinaus sind ausgewiesene kommunikative, interkulturelle und soziale Kompetenzen ebenso wie Teamfähigkeit, Organisationsgeschick und Fremdsprachenkenntnisse erforderlich. Ferner sollten sich Bewerber/innen durch ihre Kooperations- und Koordinationsfähigkeit auszeichnen



Ratssplitter Forts.

Eine neue Kläranlage

benötigt das Schullandheim in Schweinebrück ("Fuhrenkamp"). Diese Auflage hat der zuständige Landkreis Friesland für die Aufrechterhaltung der Betriebsgenehmigung erteilt. Die Einrichtung wurde vor 50 Jahren vom damaligen Rektor der Schule Voslapp mitgegründet. Heute wird sie - neben Wilhelmshavener Grundschulen - von Schülerinnen, aber auch Erwachsenengruppen aus dem gesamten Bundesgebiet und aus dem Ausland genutzt. Damit ist sie auch für den Wilhelmshavener Tourismusbereich ein wichtiger Faktor: Alle auswärtigen Besucher haben einen Tag in der Stadt verbracht (Marinemuseum, Wattenmeerhaus, Oceanis, Stadtbummel), viele kommen daraufhin erneut nach Wilhelmshaven. Deshalb beantragte die WALLI, dass die Kämmerei 15.000 € zu der erforderlichen neuen Kläranlage zuschießt. Die Vorsitzenden von SPD und CDU sprachen sich dagegen aus, da es so viele schulische Einrichtungen gäbe, die eine finanzielle Spritze benötigten. Der Antrag wurde abgelehnt. Ratscherr von Teichmann schlug vor, zumindest mit der friesländischen Verwaltung ins Gespräch zu kommen, um den Erhalt der Heimes zu sichern.

Kompensationsflächen

für Eingriffe in Natur und Landschaft sind rar, aber Pflicht für Bauvorhaben. Anfang des Jahres hatte der Rat im Stadtgebiet einige hundert Hektar Flächen (u. a. Breddewarder Marsch) einem so genannten Kompensationsflächenpool zugewiesen, der einen Vorrat für zukünftige Vorhaben sichern soll. Dieser Pool ist aber nur für routinemäßige Planungen gedacht. Für Großvorhaben wie den JadeWeserPort reicht er nicht aus - dafür müsste die Stadt auf Flächen im Umland zurückgreifen. Wie der Rat jetzt beschloss, erklärt die Stadt gegenüber den Nachbarkreisen Friesland und Wittmund ihre Bereitschaft, sich an einem regionalen Flächenpool zur Kompensation von Eingriffen im Sinne des Naturschutzrechts zu beteiligen. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit den Nachbarkreisen und -gemeinden Verhandlungen über Organisationsform, Aufgaben, Ziele, Finanzen usw. zu führen. Das Ergebnis soll dann dem Rat zur Beschlussfassung über die Mitgliedschaft bzw. Beteiligung vorgelegt werden.

Ratscherr Tjaden kritisierte, hier werde wieder Geld verplant für einen Containerhafen, "der nicht kommt." Stadtrat Frank beruhigte ihn: Finanziell werde das Land (als Vorhabenträger für den JWP) für diese Flächen aufkommen. Ratscherr Neumann erklärte, die Flächen seien auch für Inanspruchnahme des Rüs-

NATURATA

**Das
Fachgeschäft
für Naturkost
und
Naturwaren**

**Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren**

Wilhelmshaven
Gökerstraße 58

tersieler und Voslapper Grodens gedacht. Dass letzterer ein faktisches EU-Vogelschutzgebiet und damit die Bebauung fragwürdig ist, wurde nicht angesprochen. □

Sehr geehrten Herrn Schöffredacktohr!

Kulltuhr isja son richtig weiter Begriff, nich? Fängt mittm Kulltuhrbeutel an und hört mittm Tschusch vonner Wehzett und seinen lustigen Besprechungen vonner Konzerten noch lange nich auf. Und bei uns isja grade richtig was los mit der Kulltuhr, also nich aufer Bühne oder wo man sich das sonst so vorstellt, mehr aufer Ebene vonner Verwaltung und im Rahmen davon, dass sich alle gegenseitich die Köppe einhauen, sobald das Teema aufer Tagesordnung von irgendwas is.

Wir haben nämlich ein "Nohwumm" in Niedersachsen, hab ich inner Wehzett gelesen, das heißt gips sonst nirgends, weil sich das wahrscheinlich sonstwo keiner so richtig gut ausdenken konnte, nur ebend bei uns, und setzen wir wieder mal Zeichen. Und das geht so: Von der ganzen Kulltuhr bei uns war bis jetzt der Schöff der Doktor, der Graul. Der hat aber jetzt wohl sone Kriese und fühlt sich von allen falsch verstanden und verfolgt - da gips auch Namen für, das is sone Krankheit, aber ich weiß nich mehr, wie die heißt. Jedenfalls isser nu nich mehr Schöff vonner Kulltuhr, sondern wird die jetzt bei uns von dem Schöff von "Sport und Bädern" verwaltet, weil der hat das mit dem Sport ja immer fein gemacht. Damit ers son büschen einfacher hat, hat man ihm die Bäder wieder rausgenommen, die gehören nämlich nu zur Wehpehgeh - die hat ja nu auch endlich ne neue Schöffin, die heißt Aida und das is doch wohl Kulltuhr puhr, wenn man son büschen Ahnung davon hat, oder?

Hamse ja erst im letzten Moment gesagt, wer die neue Schöffin wird, im Juni fängt sie schon an. Ich war ja ganz schön gespannt und hab immer gedacht, wenn das man blohs nich der Christoph Daum wird, der isja grad so schön aus seinem Prozess rausgekomm-

men und sucht doch sicher nachner neuen Aufgabe. Wär ja andererseits vielleicht gahnich so schlecht gewesen - musste der ja blohs 10000 Euros zahlen, was ja auch schön unserer Jugend die übertriebene Angst vor der Härte des Gesetzes oder so nimmt - nu hatter doch vielleicht noch die halbe Million übrig um dem Essvauweh seine Liezentz zu kaufen, damit wir nich bald wieder lauter niedliche Reihenhäuser ins Stahdjon bauen müssen. Aber nu bin ich ja wieder von Hölztchen auf Stöckchen gekommen, das kommt davon, dassich den ganzen Tach mit Wilma Schuhe kaufen musste und neues Nachthemd, für wenn sie mal ins Krankenhaus muss. Wirst ganz rappelich von.

Also der Sportschöff macht jetzt die Kulltuhr und die Bäder macht die Wehpehgeh. Die nun wieder hat ja grade erklärt, dassich kein Geld mehr hat für den "Eisenstein", dieses komische Filmfästiwäll, was wir hier schon seit Ewichkeiten haben und wo immer so fremde internatzjonahle Reschissöhre und Schauspieler für hergekommen sind - gips dies Jahr nich und zeigt das auch gleich wieder die neue klare Lienje, die unsere Kulltuhrpohlitick jetzt hat: Nich mehr bei schönstem Wetter in irgendsom Kino verschimmeln und sich krause Filme bekucken, sondern raus an die frische Luft und Sport machen, Fahrradtuhren zum Gehnjusstrand, solange es den noch gibt, ins Küstenmuseum, obwohl, das gips ja eigentlich auch nich so richtig, oder zu dem ausgestopften Wal mit Staubmäuse-Wettpusten. Und jetzt weiß ich auch, warum das mitter Kulltuhr bei uns son "Nohwumm" is, nich? Und wenn wir wirklich mal son büschen weniger Sport machen wollen und mehr richtige Kulltuhr, können wir ja immer noch nach Schortens ins Bürgerhaus oder nach Sande, da hamse nämlich grade einen neuen Kulltuhrkoordinatohr eingestellt, von Sport stand da aber nix bei.

Ich glaub ja, dass man das alles prack-

mahtisch sehen muss, das man nämlich nur das tun kann, was man ebend kann und was man nich so gut kann, das lässt man eben wech. Isja auch billiger.

Apropoh prackmatich - da kann man sich ja vonner Industrie noch ganz schön was abkucken. War ich doch neulich auf som Elternabend inner Bremer Schule, mit Annelese, was meine Nichte is. Der ihr Sohn, Erwin, der isja so zappelig und immer am Schnabbeln und passt inner Schule irgendwie nich so richtig auf. Hat man ja rausgefunden, dass das auch wieder ne Krankheit is und kann man was gegen machen und was, das sollte auf dem Elternabend erzählt werden. Und was glauben Sie wohl, Herr Schöffredacktohr, was nu so besonders prakmahtisch daran war? Den Elternabend hat die Firma gemacht, die eine Medizin gegen diese Krankheit herstellt, die heißt so ähnlich wie son Duschbad und hab ich gelesen, dass man da auch 'Hausfrauenkoks' zu sagt - versteh ich aber nich, heizt doch kein Mensch mehr mit Koks. Jedenfalls fand ich das richtig prackmatisch - kommste hin, hastn Prohblehm und krichste gleich die Lösung, alles auf einem Wehch und da sollnse sich vonner Stadt doch maln orntliches Beispiel dran nehmen. Könnense gleich beim Jade-Weser-Port mit anfangen, wo nu die Hamburger da raus sind und die ganzen Asjachten und Araber damit reinwoln, erzählt die Wehzett jedenfalls immer. Erstmal solltense, glaub ich, den Namen vonner Betreibergesellschaft ändern - "Eurogate" klingt ja fürn büschen pohlietisch gebildeten Menschen und aufgeklärten Bürger irgendwie so, als gäbs da bald ne Kattastrohfe, oder stimmt das?

So, nu brauch ich dringend maln Konjack, war ja son richtig anstrengender Tach.

**Bis demnächst -
Ihre Theda**